

Referat am zweiten Tag der Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Saarland, 09.04.2016

Referent: Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender

(Unkorrigiertes Manuskript)

1) Flüchtlingspolitik – Türkei – Syrien

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn man die Bilder mit NATO-Stacheldraht an den Grenzen auf der Balkan-Fluchtroute sieht, kommt einem als Kontrast immer wieder der Spruch von Che Guevara in den Sinn: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“. Das bitter arme sozialistische Cuba war führend beteiligt am jüngsten Kampf gegen Ebola, schickte hunderte Ärzte nach Afrika und leistet nach wie vor umfassende Hilfe in vielen Staaten dieser Erde. Nichts symbolisiert dagegen den inhumanen Charakter dieser EU stärker als die Bilder aus Idomeni und von anderen Lagern oder Sperrzäunen an den Grenzen. Die Abschottungspolitik der EU-Staaten ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es wird höchste Zeit, dass die EU den Friedensnobelpreis zurückgibt, verdient hatte sie ihn sowieso nie. Auf der Balkan-Route, auf der Geflüchtete nach Mitteleuropa kommen wollten, spielten sich unglaubliche Szenen ab. Seit Wochen sitzen über 10.000 Menschen, die Hälfte davon sind Familien mit Kindern an der Grenze zwischen Mazedonien und Griechenland buchstäblich in Dreck, Kälte und Schlamm in der Falle, man verweigert ihnen die Weiterreise, ihr Menschenrecht auf Schutz vor Krieg, Verfolgung und Not. Allen voran Österreich, das offensichtlich jede Scham vor der eigenen Geschichte vergessen hat, stellt sich an die Spitze dieser Unmenschlichkeit. Und Merkel, Seehofer und Co in Deutschland reiben sich die Hände, dass andere für sie die Drecksarbeit erledigen – allen voran die Türkei. Ausgerechnet ein Land, das Menschenrechte und Pressefreiheit mit Füßen tritt. Die türkische Regierung hat den Friedensprozess mit den Kurdinnen und Kurden abgebrochen und führt wieder Krieg im eigenen Land und gegen die kurdischen Gebiete in Irak und Syrien, kritische Journalisten und Wissenschaftler werden verfolgt und Flüchtlinge schiebt man mit brutaler Gewalt zurück nach Syrien ab. Trotz aller Beteuerungen von Merkel haben sie nun die Balkan-Route dicht gemacht und weigern sich gegen alle menschenrechtlichen Verpflichtungen sie wieder zu öffnen. Alle Flüchtlinge, die von der Türkei nach Griechenland kommen, sollen seit dieser Woche nach einer Schnellprüfung völkerrechtswidrig zurück deportiert werden. Bis zu 72.000 syrische Flüchtlinge sollen im Gegenzug auf alle europäischen Staaten aufgeteilt werden, das Schicksal der Menschen aus Irak, Afghanistan oder anderen Kriegsgebieten wird einfach ausgeblendet. Die sogenannte Willkommenskultur ist zu einem zynischen Abschreckungswettbewerb verkommen. Die Türkei erhält für die sogenannte „Rücknahme“ von Geflüchteten – was für ein Ausdruck, das sind doch keine Pakete - 6 Mrd. EUR, Visa-Freiheit und darf mit den Kurden weiter machen, was sie will. Ein Flüchtling wurde vor wenigen Wochen im deutschen Fernsehen interviewt und brachte es auf den Punkt: „Da läuft ein schmutziges Spiel und wir sind die Spielkarten.“

Es ist ein Irrwitz, dass der deutsche Bundestag Jahr für Jahr den Afghanistaneinsatz verlängert und jüngst wieder ausgeweitet hat, aber gleichzeitig dieses Land faktisch zum sicheren Drittstaat erklärt hat.

Griechenland wird zum Flüchtlingslager. In diesem Land in Not werden bereits jetzt täglich 50.000 Flüchtende versorgt. Ohne die außerordentliche solidarische Unterstützung der Bevölkerung und der Kommunen dort wäre die Versorgung der Geflüchteten nicht möglich.

In einem Flugblatt der DKP, das wir bei der großen Demo gegen die AfD im November verteilt haben, schrieben wir: „Die Flüchtlinge sind nicht die Ursache für diese Krise sondern decken nur die Sünden einer jahrzehntelangen neoliberalen Landespolitik schonungslos auf. Es ist höchste Zeit für einen radikalen Politikwechsel im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Es muss gelten: Profitbremsen statt Schuldenbremsen! Wir brauchen kurzfristig massive Investitionen im sozialen Wohnungsbau und viel mehr Lehrer/innen an den Schulen, die bisher zugesagten und besetzten Stellen sind viel zu wenig. Flüchtlingen muss schnell der Zugang zu Ausbildung und zum Arbeitsmarkt geöffnet werden, rechtliche Hürden müssen beiseite geräumt werden. Zudem ist bereits jetzt die Konkurrenz um Arbeitsplätze für gering Qualifizierte besonders hoch. Deshalb und aufgrund der steigenden Rationalisierung durch die Digitalisierung müssen in den kommenden Jahren Schritte hin zu einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung in Richtung 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich gegangen werden.“

Mittlerweile liegen Zahlen vor, wie viel für die Versorgung der Geflüchteten in Deutschland in diesem Jahr wirklich zusätzlich ausgegeben wird. Zieht man die positiven konjunkturellen Einflüsse (geschätzt 0,5% Wachstum nur durch diese Ausgaben) ab, kommt man netto auf 10 Milliarden Euro oder 0,3 % des Bruttosozialproduktes. Ein Witz verglichen mit dem Schaden z. B. durch legale Steuervermeidung und Steuerflucht von jährlich 100 Milliarden. **Diese** asozialen Flüchtlinge kommen uns – wie die enthüllten Briefkastenfirmen in Panama gerade wieder gezeigt haben – wirklich teuer zu stehn. Also; Holen wir das Geld für Umwelt, für bessere Sozialleistungen, für mehr Bildung, für Geflüchtete endlich von denen, die es nicht ausgeben können, von den Milliardären und Millionären, von denen, die nicht wissen wohin mit ihrem Reichtum außer in die globalen Spielcasinos der Börsen.

Kämpfen wir gemeinsam gegen die Fluchtursache Nummer 1, einen sich radikalierenden Kapitalismus, der in seiner militärischen und ökonomischen Aggressivität nicht nur Waffen und Waren ohne Rücksicht auf Verluste exportiert sondern auch für immer mehr Kriege weltweit hauptverantwortlich ist. Die Ursachen für den sich ausdehnenden islamisch begründeten Terror liegen doch nicht in religiösen Motiven sondern hat soziale Ursachen – ob in zerfallenden Staaten wie Irak oder in perspektivlosen Lebensverhältnissen in Belgien.

Wir brauchen dringend eine andere, eine friedliche deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Statt gemeinsam mit den USA und anderen NATO-Staaten fortwährend auf Regime change, auf gewaltsame Regierungswechsel zu setzen, muss endlich Schluss gemacht werden mit Waffenexporten und den noch zunehmenden Auslandseinsätzen. Friedliche zivile Konfliktlösungen durch Verhandlungen sowie eine soziale und demokratische Perspektive für alle Bevölkerungsgruppen in Syrien und anderswo müssen durchgesetzt und finanziert werden. Dass dies keine weit entfernte Utopie sein muss, zeigt das Beispiel der autonomen kurdischen Region in Rojava, in der Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen für eine demokratische Gesellschaft gegen den erbitterten Widerstand des IS und der Türkei kämpfen. Ihnen gilt unsere Solidarität!

2) Rechtsentwicklung in Deutschland – AfD

Liebe Genossinnen und Genossen,

Im Ergebnis der Landtagswahlen im März verwiesen Vertreter/Innen der etablierten neoliberalen Parteien und die entsprechenden Medien „erschrocken“ auf die Wahlergebnisse der rassistischen und gesellschaftspolitisch reaktionären AfD. Bis zu linken Kommentatoren wird mit den Wahlen ein Rechtsruck festgestellt. Der Rechtsruck wird allerdings seit vielen Monaten in der Politik propagiert und durchgesetzt. Im Massenbewusstsein der Gesellschaft wird dies jetzt nachvollzogen, die

Wahlergebnisse bringen diese Entwicklung zum Ausdruck. Hintergründe und Ursachen sind aktueller und langfristiger Art, sie sind vielschichtig.

Der Aufstieg nationalistischer und rassistischer Parteien vollzieht sich seit mehreren Jahren in unterschiedlicher Entwicklung in allen Staaten der EU. Hintergrund ist der beständige unterschwellige Nationalismus und Rassismus in Teilen der Bevölkerung und sind die sozialen Auswirkungen des neoliberalen gesellschaftlichen Systems, der Abbau der Demokratie durch Zentralisation bei den Institutionen der EU und damit verbundene Einschränkung nationaler Souveränitätsrechte.

Die aktuelle Flüchtlingsbewegung und der Umgang mit den Flüchtenden haben in der EU zu einer gesellschaftlichen Polarisierung und einer Rechtsentwicklung auch bei konservativen, christlichen, liberalen und sozialdemokratischen Regierungsparteien geführt.

In Deutschland wird seit mehr als einem Jahrzehnt in der Bevölkerung ein Anteil von rund 20% mit einem mehr oder weniger geschlossenen faschistoiden Weltbild festgestellt. In der Auseinandersetzung um den Umgang mit den Geflüchteten haben vor allem Politiker/Innen der CSU und auch der CDU mit nationalistischen und rassistischen Äußerungen und Forderungen dieses Bewusstsein befördert. Auch aus der SPD und den Grünen wird mit der Debatte über "Grenzen der Belastbarkeit" und einer Politik der Flüchtlingsabwehr die Rechtsentwicklung gestärkt.

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge der letzten Wochen und Monate verschiedener islamistischer Organisationen wird die Überwachung des öffentlichen und privaten Lebens ausgebaut und demokratische Rechte abgebaut. Die öffentliche Meinungsbildung kannte kein anderes Thema. Die anhaltenden rassistischen Gewalttaten waren keine Erwähnung mehr wert.

Mit dem EU-Türkei-Abkommen zur Abwehr der Geflüchteten an der EU-Außengrenze sind die Forderungen rassistischer Regierungspolitiker, der AdF und NPD erfüllt.

Der sich ausbreitende Rassismus hat auch soziale Ursachen. Er ist auch eine Folge der neoliberalen Politik der zurückliegenden Jahrzehnte, für die die große Koalition sowie die vorhergehende SPD/Grüne-Regierung die politische Verantwortung tragen. Diese Politik hat zu wachsender gesellschaftlicher Spaltung, Entsolidarisierung und sozialer Verunsicherung geführt. Die kollektiven, sozialen Sicherungssysteme wurden nach und nach zerschlagen und individualisiert. Es gibt keine Nachbarn mehr, sondern nur noch Konkurrent/Innen um eine bezahlbare Wohnung. Es gibt keine Kolleg/Innen mehr, sondern nur noch KonkurrentInnen um den Arbeits- und Ausbildungsplatz. So ist es gelungen, die Umverteilungsfrage von einer Klassenfrage in eine völkisch-nationale zu wenden und eine rechtspopulistische Mobilisierung zu einem „Krieg der Armen gegen die noch Ärmeren“ zu entwickeln.

Das Wahlergebnis ist Ausdruck der Krise des etablierten Parteiensystems und der Krise der Politik. Immer mehr Menschen erleben "Politik" als etwas Feindliches oder Fremdes, was nichts mit ihrem Leben zu tun hat. Sie sehen sich von den Parteien nicht mehr vertreten und wenden sich von der Politik ab. Dass es der AfD gelungen ist, in erheblichem Umfang Stimmen aus dem Lager der NichtwählerInnen in sozialen Brennpunkten zu gewinnen, zeigt jedoch, dass viele Menschen diese angebliche Alternativlosigkeit der Politik leid sind – wenn auch mit fragwürdigen Schlussfolgerungen.

Trotz der Rechtsverschiebung im parlamentarischen Spektrum, darf nicht übersehen werden, dass nach wie vor überall im Lande Hunderttausende Menschen jeden Tag den Geflüchteten solidarisch und hilfsbereit zur Seite stehen – und sich auch nicht durch staatlich-bürokratischen Hürden davon

abhalten lassen. Zehntausende stellen sich den Aufmärschen der extremen Rechten entgegen. Erst vor zwei Wochen haben mehr als hundert Antifaschist/Innen in Saarbrücken vor der Saargalerie knapp zwei Dutzend Neonazis vor der Außenwelt abgeschirmt.

In KITAS und Krankenhäusern haben sich die Beschäftigten mit Streiks für ihre sozialen Interessen und gegen die Austeritätspolitik engagiert – zum Teil zum ersten Mal in ihrem Leben. Im Widerstand gegen TTIP finden die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Sektoren zusammen. Aber dieses "Drittel" der Bevölkerung, quer liegend zu den Parteien, findet keine politische Repräsentation. Wie die Wahlergebnisse zeigen, erreicht die Partei DIE LINKE diese Menschen nur zu einem sehr geringen Teil. Deutlich wird auch, dass es selbst rein wahlarithmetisch keine Mehrheiten mehr für rot-rot-grüne Regierungskoalitionen gibt.

Diese Entwicklung müsste als Antrieb gesehen werden, jetzt den Dialog der verschiedenen sozialen und politischen Kräfte zu beginnen, die Zusammenarbeit zu entwickeln und gemeinsam an einem politischen Projekt für eine solidarische Gesellschaft – alternativ zu Austerität und Neoliberalismus – zu arbeiten. Ein alternatives politisches Projekt muss die Menschen einbeziehen, ihnen Möglichkeiten eröffnen, selbst mitzuentcheiden; es muss die Interessen und Hoffnungen der arbeitenden Menschen, der Jugend, der Arbeitslosen, Rentner und sozial Ausgegrenzten aufgreifen und deren privatem und beruflichem Leben wieder eine Perspektive geben können.

Die Widerstandsbewegung in unserem Land ist vielfältig, aber oft auf eigene Interessen beschränkt. Im vergangenen Jahr war es gelungen in Saarbrücken tausende Menschen, in Neunkirchen Hunderte, unter der Losung „Bunt statt Braun“ zu mobilisieren. Viele von denen werden sich nicht an Aktionen zu anderen Themen engagieren. Das erleben wir bei anderen antifaschistischen Widerstandsaktionen oder beim Ostermarsch. Stahlarbeiter demonstrieren für die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und (noch) nicht für weitergehende Ziele. Erzieherinnen und Erzieher haben mutig und ausdauernd gestreikt für einen Tarifvertrag sozialer Anerkennung und Besserstellung.

Wir brauchen eine breite und beständige Bewegung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, die antifaschistische Aktivist/Innen erfasst und zumindest Teile der Menschen, die sich konkret in der Hilfe und Betreuung für Flüchtlinge engagieren.

Aber wir brauchen auch eine Allianz, ein linkes Projekt, das die sozialen Probleme und die sozialen Ursachen dieser Ängste auch in weiten Teilen der Arbeiterklasse aufgreift und fortschrittlich wendend kann gegen neoliberale Politik, gegen Austeritätspolitik, gegen Hartz IV, für eine andere Politik.

Und genau das ist der Ansatz unserer Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer“. Wir, die DKP Saarland, wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass eine breite Bewegung entsteht gegen das Ausbluten des Saarlandes, seiner Städte und Gemeinden. Wir brauchen eine von linken Parteien, von Gewerkschaften und vielen anderen getragene Bewegung, die insbesondere arbeitende Menschen für ihre Interessen mobilisiert und nicht den rechten Rattenfängern überlässt.

Dabei darf es in der Frage der Solidarität mit den Geflüchteten kein Wanken geben, wie es derzeit bei manchen führenden Personen bei den LINKEN zu hören ist. Geflüchtete und hier geborene Teile der Arbeiterklasse dürfen nicht gegeneinander gestellt werden. Es geht um den Kampf um eine andere Politik im Interesse der arbeitenden Menschen. Um eine Politik, die solidarisch ist mit den Geflüchteten und die wirklich in der Lage ist, die viel beschworenen Fluchtursachen zu bekämpfen. Nicht durch Abschottung sondern durch eine Beendigung von Kriegen, Umweltzerstörung und von ökonomischer Ausbeutung.

In unserem Beschluss der BDK vom September hatten wir festgestellt: „Der antifaschistische Widerstand wird (deshalb) immer mehr zur Aufgabe einer möglichst breiten antifaschistischen Volksbewegung, zu der auch wir unseren Beitrag leisten.“ Wir hatten inhaltliche und z.T. konkrete Forderungen an staatliche Institutionen gestellt, Erwartungen an gesellschaftliche Kräfte benannt und eigene Aufgaben gestellt.

In der heute vorliegenden EntschlieÙung setzen wir uns vor allem mit dem dargelegten Ansteigen des Rassismus auseinander. Wir sind uns auch bewusst, es reicht nicht zu sagen „Geflüchtete willkommen!“ – aber das ist unser Grundsatz. Damit die Gesellschaft das schafft, dazu haben wir einige Forderungen benannt.

3) Stahlindustrie

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem Ende des Bergbaus droht nun eine neue existenzielle Gefahr für eine der wichtigsten traditionellen Branchen an der Saar, für die Stahlindustrie. Wir Kommunistinnen und Kommunisten werden immer an der Seite der arbeitenden Menschen stehen, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Die Ursachen für die neue Krise liegen aber nicht an „den Chinesen“ oder zu hohen Umweltauflagen. Der kapitalistische Konkurrenzkampf, das mittlerweile weltweite gegeneinander Auspielen von Standorten zugunsten der Profitmaximierung bedrohen nicht nur die heimische Stahlindustrie. Wer also von chinesischer Überproduktion als Gefahr schreibt, ohne die tieferen Ursachen der Krise zu benennen, der greift in der Analyse viel zu kurz. Mit dem heute vorliegenden Antrag und unseren Forderungen wollen wir diese Debatte politisieren. Neben der kurzfristigen Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen brauchen wir Lösungen, die an den Grenzen des Kapitalismus rütteln. An der demokratisch kontrollierten Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien wie der Stahlindustrie, der Automobilkonzerne, der Finanzinstitute und der großen Internetmonopole führt kein Weg vorbei in eine bessere Zukunft. Zudem brauchen wir faire internationale Austauschverhältnisse zu gleichberechtigten Bedingungen und neue Weltwirtschaftsbeziehungen mit Maßnahmen und Vereinbarungen, um weltweit Krisen und Verelendung zu überwinden.

Die saarländische Stahlindustrie steht in ihrer wirtschaftlichen Substanz verhältnismäßig gut da. Dank der Unternehmenskonstruktion der Stahl-Holding bleiben die Gewinne weitgehend im Unternehmen und ermöglichen Investitionen. Dies kommt in der Eigenkapitalquote von 76 % deutlich zum Ausdruck. Dadurch konnten seit der letzten Krise die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden. Aber auch die saarländische Stahlindustrie unterliegt den globalen kapitalistischen Marktgesetzen und steht auf dem kapitalistischen Markt je nach Nachfrage und den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz unter Druck.

Mit der von den herrschenden Medien unterstützten Propagandakampagne gegen „die gelbe Gefahr“ soll der Blick auf die eigentlichen Krisenursachen abgelenkt werden. Die „deutsche Wirtschaft“ profitiert vom wechselseitigen Geschäft mit China und der „Billigproduktion“ rund um den Globus. Die Stahlunternehmer prangern die auf Lohndumping und Umweltzerstörung gegründeten Stahlimporte aus China an und sind andererseits Verfechter der kapitalistischen Globalisierungsprozesse, mit denen Sozial- und Umweltstandards auf das untere Niveau herabgedrückt werden. Hinzu kommt, dass billigerer Stahl den großen Stahlverbrauchern (Autoindustrie, Maschinenbau usw.) nutzt, um daraus Extraprofite zu ziehen.

Der Handel mit den Umweltzertifikaten ist zu einem lukrativen Geschäft mit Gewinnern und Verlierern geworden. Umweltexperten schätzen jedoch die Wirkung dieses marktwirtschaftlichen Instruments für den Klimaschutz als weniger erfolgreich ein als die herrschende Umweltpolitik. Für Neoliberale kommen alternative umweltpolitische Konzepte, die der Kapitallogik widersprechen, nicht in Frage.

Lasst uns mit diesen Positionen, mit einem eigenen Flugblatt der DKP in den großen Aktionstag der IG Metall an diesem Montag eingreifen. Helft mit, dass wir 1.800 mal die Argumente und Forderungen der DKP verteilen können. Das Material liegt hier aus, bitte meldet Euch für die Verteilaktionen an den vier Standorten Dillingen, Völklingen, Saarbrücken und Neunkirchen.

4) Landespolitik

Liebe Genossinnen und Genossen,

In der Landespolitik wird von der Großen Koalition der „Kompromiss“ der Bundesländer über einen neuen Länderfinanzausgleich als Erfolg gefeiert. Aber ein genaues Hinsehen ist ernüchternd: Eine notwendige Entschuldung des Saarlandes wird es damit nicht geben, es muss weiterhin kaputtgekürzt werden. Und Finanzminister Schäuble in Berlin will diesen faulen Kompromiss noch nicht einmal anerkennen.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Saarland verschlechtern sich. Unsicherheit und Armut nehmen zu. Die Zahl der Spitzenverdiener im Saarland mit einem jährlichen Einkommen von 150 000 Euro und mehr ist seit der Jahrtausendwende um 60 % gestiegen. Gleichzeitig steigt trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung stieg die Armutsquote an der Saar auf 17,5 Prozent der Bevölkerung und liegt damit über dem Bundesdurchschnitt. Betroffen von Armut sind vor allem Alleinerziehende und Erwerbslose sowie Rentner.

Bereits 2015 waren mehr als 14.000 Menschen langzeitarbeitslos, das sind 4,1 Prozent mehr als im Oktober 2013. Sie sind in der Regel mindestens ein Jahr lang arbeitslos und haben häufig die geringsten Chancen auf einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Die Altersarmut steigt im Saarland besonders stark an. Fast jede_r fünfte Rentner_in über 65 Jahre ist betroffen. Jede_r zweite Rentner_in im Saarland erhält eine Rente unter dem Grundsicherungsbedarf von 706 Euro und hat Anspruch auf zusätzliche Sozialleistungen. Besonders betroffen sind Frauen.

Die Landesregierung duldet trotz Vergabe-Gesetz Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, dessen verbrecherische Auswirkungen u.a. beim Bau des Center-Parks am Bostalsee deutlich wurden.

Saarländerinnen verdienen laut Statistischem Bundesamt 25 Prozent weniger als Männer. Nur 47,2 Prozent aller Frauen im Saarland sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Jahr 2014 arbeiteten rund 30.000 Saarländerinnen im Niedriglohnssektor, die prekäre Beschäftigung im Saarland ist auf einem Höchststand.

Nach den Zahlen der Landeselterninitiative für Bildung ist der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Landeshaushalt 2015 mit 26,7% der niedrigste aller Flächenländer. Bezogen auf die Bildung junger Menschen unter 30 Jahren liegt das Saarland auf Platz 11 aller Bundesländer. Das Saarland (also Land, Kreise und Kommunen) stellt an öffentlichen Bildungsausgaben am viertwenigsten von allen Bundesländern bereit. Im Saarland müssen Eltern weit mehr Geld für Nachhilfe ausgeben und damit ein privat finanziertes Unterstützungssystem in Anspruch nehmen als

in fast allen anderen Bundesländern. Das Saarland verzeichnet im Jahr 2011 mit 18,4 % den höchsten Anteil junger Erwachsener im Alter von 20 bis 30 Jahre ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 13,4 %.

Die kommunalen Sachinvestitionen je Einwohner lagen an der Saar auch 2013 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf einem niedrigen Niveau. Mit 184 Euro je Einwohner befand sich das Saarland vor Mecklenburg-Vorpommern (149 Euro je Einwohner) auf dem vorletzten Platz der Flächenländer. Der Sanierungsstau in der kommunalen Infrastruktur führt mittelfristig zu steigenden Unterhaltsaufwendungen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnte zum Jahresanfang vor dem Verfall der kommunalen Infrastruktur und plädierte für eine Stärkung der kommunalen Investitionskraft.

Rechte Kräfte wie die AfD nutzen dies und verbinden Verlustängste in der Bevölkerung mit Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

Mit schlechteren Studienbedingungen an den Hochschulen, zu wenig Lehrer/innen, der Schließung des Botanischen Gartens an der Universität, sogenannten Sanierungshaushalten bei immer mehr Kommunen und verfallender Infrastruktur zahlen die Saarländerinnen und Saarländer aktuell einen hohen Preis. Diese Politik richtet die öffentliche Daseinsvorsorge zu Grunde, subventioniert „private Investoren“ und schont die Profite und anwachsenden Vermögen der Reichen. Die Deutsche Kommunistische Partei Saarland hat den Kampf gegen die Kürzungspolitik in ihrem Bundesland seit mehreren Jahren zu ihrem politischen Schwerpunkt gemacht und fordert eine Millionärssteuer.

Trotz Haushaltsnotlage wird weiter von unten nach oben umverteilt und die Reichen werden reicher!

Deshalb fordern wir zurecht in unserer heute zur Diskussion vorliegenden Entschließung:

- Der Kampf gegen die Austeritätspolitik, gegen die Kaputtsparpolitik ist der Dreh- und Angelpunkt für eine bessere Zukunft der Lebens- und Arbeitsbedingungen auch hier im Saarland!
- Wer die Finanznot hier im Lande bekämpfen will, muss von oben nach unten umverteilen. Die Reichen müssen zahlen!
- Die DKP fordert 1 Milliarde Euro für ein öffentliches Investitionsprogramm im Saarland. Damit muss vor allem die soziale und ökologische Infrastruktur modernisiert und verbessert werden. Dazu gehört ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, mit dem die Arbeitslosigkeit und die zunehmende Armut bekämpft werden kann.

Und jetzt liebe Genossinnen und Genossen, fällt der Landesregierung kurz vor Ostern zwar nicht der Himmel auf den Kopf, dafür aber die Brücke auf die Füße. Die Fechinger Talbrücke wird zu einem Symbol für den Verfall der Verkehrsinfrastruktur in diesem Land. Hier geht es sicher auch um Schlamperei, aber vor allem geht es darum, dass die Saarländerinnen und Saarländer endlich die Augen aufmachen. Wer den Reichen nichts nimmt, kann nicht nur den Armen nichts geben, der kann auch keine Brücken mehr sanieren, der riskiert den Verfall und damit letztlich das Leben vieler Menschen. Das Saarland gehört zu den Bundesländern mit der niedrigsten Lebenserwartung. Armut und Austerität töten Menschen – jeden Tag! Darum bleibt es dabei: Stoppt die Kaputtsparer! Entschuldung jetzt! Der Mensch geht vor Profit!

5) Die DKP nach dem Parteitag

Liebe Genossinnen und Genossen,

Verlauf und Ergebnisse des 21. Parteitages der DKP hat die Abkehr von der Programmlinie weiter verstärkt. Es gab und gibt keine Antwort auf die Krise in der Politikentwicklung der DKP. Die dogmatische Definition des Charakters der DKP als „marxistisch-leninistische Partei“, die Forderung nach Austritt Deutschlands aus der EU, die Beendigung des Beobachterstatus bei der EL und vor allem die Begründungen dafür sprechen Bände. Vor allem der 3. Tag des Parteitags wurde von der Mehrheit lediglich dazu genutzt, die Parteiauseinandersetzung fortzuführen und zuzuspitzen! Mit Beschlüssen zur Vorbereitung von administrativen Maßnahmen gegen Teile der Partei wurden die Gefahren für die Existenz der Partei immens verschärft.

Die Mehrheit ist nicht bereit, nach Wegen zu suchen, wie die Krise der Partei, wie die damit verbundenen Meinungsverschiedenheiten vor allem über die Politikentwicklung gelöst werden können.

Kein Versuch, die neuen Widersprüche z. B. in der EU zu analysieren, kein Versuch sich mit neuen Gefahren, die daraus entstehen, zu beschäftigen, kein Wort z. B. zu neuen Herausforderungen im Kampf für Arbeit. Keine Einschätzung der dramatischen Veränderungen in der Parteienlandschaft und bei bevorstehenden Wahlen, die ja Ausdruck von Entwicklungen auch im Bewusstsein der Arbeiterklasse darstellen. Keine Analyse solcher neuer Fragen, keine Antworten, keine Alternativen der DKP.

Und das ist kein Zufall sondern Ausdruck des zunehmenden Sektierertums in der DKP. Patrik kann in seinem Referat am 3. Tag des Parteitags die Entwicklung eines Forderungsprogramms nicht ankündigen, ohne gleichzeitig auf die große Gefahr des Reformismus zu verweisen. Radikale, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinausreichende Reformalternativen sind zu einem Fremdkörper in unserer Partei geworden, die Mehrheit greift sie nur mit der Beißzange an.

Das Auftreten der Mehrheit in der Diskussion erschöpfte sich in Denunzieren, Diffamieren und Niedermachen. Es herrschte erneut ein sehr feindliches Klima. Wie soll da eine produktive, inhaltliche Diskussion möglich sein?

Um dieser Entwicklung der Entpolitisierung entgegenzuwirken haben Mitglieder der DKP mit dem Aufbau eines bundesweites Netzwerks kommunistische Politik begonnen Auf dem Parteitag habe ich dies erläutert und weiter ausgeführt: „Wir wollen unseren Beitrag leisten, dass kommunistische Politik auf dem Boden des Parteiprogramms in der DKP eine Perspektive hat. Sonst nichts.“

Mit dem Initiativantrag gegen die am Netzwerk beteiligten Genossinnen und Genossen wurde ein Popanz aufgebaut. Ein sich gerade bildendes Netzwerk zu Entwicklung kommunistischer Politik wird, bevor es überhaupt begonnen hat zu arbeiten mit dem Verdikt der Fraktion belegt. Dabei haben nach unserem Statut alle Mitglieder das Recht „einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der Partei alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben“.

Die Beschlussfassung dieses Antrages löst kein Problem in der DKP, vorhandene werden nur verschärft, weitere Genossinnen und Genossen werden aus der DKP hinausgedrängt. Der Konferenz liegt eine EntschlieÙung zur Solidarität mit diesen vor.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Leider war das nicht der letzte Tiefpunkt dieses Parteitags.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand diesen Parteitag durch seine unsägliche Personalpolitik extrem belastet. Ein entscheidendes Kriterium für die Wahl zum Parteivorstand war die Gegnerschaft zu Personen, die Politik auf der Grundlage des Parteiprogramms machen wollen. Jetzt musste unmittelbar vor der 2. Tagung des Parteitages das Sekretariat gegen das neu gewählte Mitglied des PV, Dagmar Henn aus München, das Ruhen der Mitgliedschaft beschließen, als Sofortmaßnahme, um Schaden von der Partei abzuwenden. Zurzeit wird ein Parteiordnungsverfahren durchgeführt. Genossen aus München hatten eindringlich vor der Wahl gewarnt.

Dagmar Henn betreibt im Internet einen Blog, in dem politische Positionen vertreten werden, die der Politik der DKP widersprechen. Dort werden maoistische Positionen wie die Forderung nach Ausweitung des Bürgerkriegs auf die ganze Ukraine vertreten, einer dieser Artikel wurde sogar auf die Webseite der DKP übernommen. Ein Skandal für sich.

In dem Medienrummel um die vermeintliche Vergewaltigung einer Jugendlichen aus einer russlanddeutschen Familie verteidigte Dagmar Henn die russischen Regierungsposition. Für Neonazis war dies Anlass zu übelsten Kommentaren und Mordaufrufen gegen Antifaschist/Innen auf dieser Internetseite. Sie hat diese Kommentare nicht gelöscht und ist damit politisch und presserechtlich für deren Inhalt verantwortlich.

Der Versuch einer Genossin im Parteivorstand, eine Kritik an Dagmar zu erwirken und einen Klärungsprozess einzuleiten, wurde dort nicht befasst. Erst daraufhin haben die Delegierten aus Südbayern einen Initiativantrag an den Parteitag gestellt.

Die Dagmar Henn Positionen waren bei näherer Betrachtung aber auch für das Sekretariat des Parteivorstands nicht akzeptabel. So wurde intern versucht, diese zur Löschung der Beiträge zu bewegen. Dies misslang, deshalb dann die Sofortmaßnahme. Darüber hatte der Vorsitzende auf dem Parteitag informiert. Verhindert werden sollten sowohl die Diskussion der fragwürdigen Personalpolitik ebenso wie die politischen Positionen der Dagmar Henn, was nicht funktionierte.

Dass in dieser Diskussion einige Vertreter/Innen der Mehrheit nicht bereit waren, die inhaltlichen Positionen der Dagmar Henn konsequent zu verurteilen, ist ein weiterer Ausdruck des politischen Niveaus. Und das Ganze ist ein Beispiel für den neuen Führungsstil: Das Sekretariat ordnet an, der Parteitag soll folgen. Das soll wohl das Wesen der „marxistisch-leninistischen Partei“ sein.

In einem solchen Klima der Entpolitisierung werden dann Entscheidungen nicht nur zu dieser Frage getroffen! Kein Wunder, wie sie dann aussehen! Gepaart mit der ausgeprägten Politikunfähigkeit der Mehrheit droht die Bedeutungslosigkeit der DKP.

6) Arbeitsaufgaben der DKP Saarland

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mit der Weiterführung der Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer“ wollen wir als DKP einen Beitrag dazu leisten, dass eine breite Bewegung entsteht gegen das Ausbluten des Saarlandes, seiner Städte und Gemeinden. Wir brauchen eine von linken Parteien, von Gewerkschaften und vielen anderen getragene Bewegung, die insbesondere arbeitende Menschen für ihre Interessen mobilisiert und nicht den rechten Rattenfängern überlässt. Mit dem vorliegenden Entwurf für eine Entschließung zur Landespolitik wollen wir die aktuellen Entwicklungen einfangen und unser Profil gegen die

Kürzungspolitik schärfen. Wir sollten auch diskutieren, wie wir den am Beispiel der Fechinger Talbrücke zum Ausdruck gekommenen unverantwortlichen Umgang mit der Infrastruktur des Landes stärker ins Blickfeld rücken. Mit dieser Entschließung zur Landespolitik wollen wir auch inhaltlich unser Eingreifen in den Landtagswahlkampf vorbereiten. Die Lage ist wie oben beschrieben besorgniserregend. Lasst uns deshalb unsere Kampagne fortsetzen und gemeinsam mit anderen für eine lebenswerte Perspektive kämpfen. Bleibe im Lande und wehre dich täglich – dieses alte Motto sollten wir uns auf die Fahnen schreiben – ob gegen Nazis und reaktionäre Politik oder gegen die Kaputtsparpolitik.

Wir wollen unsere Politik auch mit neuen Schritten in der Öffentlichkeit sichtbar machen. Mit einem neuen Plakat, neuen Aktionen, Materialien und Veranstaltungen. Wir müssen dafür werben, dass andere Kräfte wie Gewerkschaften diese Frage wieder konsequenter in den Blick nehmen und aktiv werden.

Neben unseren Aktivitäten zur Stahlindustrie haben wir als DKP im Saarland seit dem ersten Tag der BDK wichtige weitere Impulse setzen können. In der Friedenbewegung an der Saar sind wir anerkannt. Auf Kundgebungen in Saarbrücken und Saarlouis haben wir sichtbar und hörbar gegen die deutsche Beteiligung am Syrienkrieg protestiert. Unser Einsatz hat dazu beigetragen, dass wir einen erfolgreichen Ostermarsch im Saarland durchführen konnten – mit 300 Teilnehmerinnen fast doppelt so groß wie vor einem Jahr. Dabei haben wir die auf der BDK beschlossenen friedenspolitischen Forderungen der DKP Saarland inklusive Pressefestwerbung verteilt. Wir haben an zahlreichen Protestaktionen gegen faschistische Aufmärsche teilgenommen. Höhepunkte waren unsere deutlich sichtbare Beteiligung an der Demo gegen die AfD im November, auf der wir unser Positionen in einem Flyer verteilten sowie die erfolgreichen Störaktionen gegen Sagesa und Co in Sulzbach und Saarbrücken. Vor drei Wochen konnte sogar ein Abbruch der Kundgebung durchgesetzt werden. Zahlreiche Jugendliche wollten unsere DKP-Trillerpfeifen und haben sie effektiv eingesetzt. Darüber hinaus beteiligten wir uns mit unseren Schildern gegen Atomenergie an der Kundgebung zum 5. Jahrestag der Katastrophe von Fukushima. Gerade heute fahren wieder Atomtransporte durch das Saarland und die französischen und belgischen AKWs sind die reinsten Zeitbomben. Sie müssen schnellstens abgeschaltet werden.

Am letzten Samstag haben wir gemeinsam mit 15 anderen Organisationen aus Frankreich, Belgien und Deutschland, darunter die FKP und die PTB, anlässlich des Gipfeltreffens Merkel-Hollande gegen die Politik der EU protestiert.

Zudem haben wir mit dem Offenen Brief an die LINKE zur Flüchtlingspolitik Druck gemacht für eine solidarische Flüchtlingspolitik und zwei gelungene und gut besuchte Veranstaltungen durchgeführt. Zum einen den Jahresauftakt mit dem Genossen Mario Franssen und die Frauentagsveranstaltung zu Rojava und Kurdistan mit inhaltlich tollen Vorträgen, u. a. von der Co-Vorsitzenden des Kurdischen Gesellschaftszentrums und einer wunderbaren Komposition von Daniel Osorio, in der das Thema künstlerisch eindrucksvoll verarbeitet wurde. Herzlichen Dank an alle Genossinnen und Genossen, die diese Arbeitsergebnisse im Bezirk möglich gemacht haben.

Beispielhaft wehren sich z. B. die Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitswesen gegen den Pflegenotstand. Ver.di hat nun den Erzwingungsstreik für einen Besetzungstarifvertrag im Saarland ausgerufen. Sie setzen damit nicht nur ein bundesweites Signal, sie kämpfen in einem ganz entscheidenden Sektor für die Zukunft unseres Landes und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, setzen neue kreative Formen in der Auseinandersetzung ein. Bitte helft mit, die Solidarität mit dieser Kampagne zu organisieren. Der Schulterschluss von Patienten und

Beschäftigten muss viel enger werden, damit der Kampf um die gemeinsamen Interessen erfolgreich geführt werden kann. Helfen wir also mit bei der Verbreitung des Saarbrücker Appells für mehr Pflegepersonal und bei Soliaktionen vor Ort. Lassen wir nicht zu, dass die Streikenden verunglimpft werden. Gesundheit ist keine Ware – Für die Umverteilung der Profite im Gesundheitswesen weg von den Pharmakonzernen und privaten Trägern, die bei uns durch erfolgreiche Lobbyarbeit nach wie vor riesige Extraprofite einstreichen hin zu mehr Beschäftigte und eine bessere Qualität im Gesundheitswesen für alle.

Der Kampf für Frieden und Abrüstung ist traditionell ein Schwerpunkt unserer Bezirksorganisation. In diesem Jahr haben sich regionale Friedeninitiativen zu einer Kampagne „Krieg beginnt hier – der Widerstand auch“ zusammengefunden, die Flyer mit dem umfangreichen Programm mit Veranstaltungen und Aktionen liegt hier aus. Wir unterstützen als DKP Saarland die Kampagne und werben insbesondere für die Aktionen gegen den Atomwaffenstützpunkt in Büchel und gegen die Drohnenrelaisstation in Ramstein. Die in Büchel in der Eifel bei Cochem gelagerten Atomwaffen sollen in den kommenden Jahren modernisiert werden, um ihre Einsatzmöglichkeiten auszuweiten. Im Kriegsfall sollen sie von Bundeswehr-Flugzeugen ins Zielgebiet gebracht werden. Diese sogenannte atomare Teilhabe ist ein Skandal für sich und muss schnellstens beendet werden. Der Bundestag hat 2010 sogar einen entsprechenden Beschluss gefasst, der den Abzug aller US-Atomwaffen beinhaltete. Er wurde nicht umgesetzt. Bereits im letzten Jahr haben einige Genossen im Rahmen einer Aktion des FriedensNetz Saar an einer Blockadeaktion teilgenommen. In diesem Jahr sollen 20 Wochen lang Aktionen in Büchel stattfinden, im kommenden Jahr soll eine ganzjährige Aktionspräsenz realisiert werden. Die DKP hat bundesweit die Woche vom 25. bis 28.05.16 übernommen, das FriedensNetz wird vom 11. bis 16 Juli in Büchel präsent sein. Bitte beteiligt Euch an dieser wichtigen Aktion, Büchel ist von uns aus in weniger als 1,5 Stunden mit dem Auto erreichbar.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die Aktionen gegen die Drohnenrelaisstation in Ramstein. Hier wird von deutschem Boden ein völkerrechtswidriger Krieg, Hinrichtungen ohne Prozess mit hunderten von zivilen Opfern logistisch erst möglich gemacht. In diesem Jahr werden zahlreiche Aktionen in Ramstein stattfinden. Leider wird es aufgrund der Einbeziehung der sogenannten Montagsmahnwachen in die Kampagne „Stoppt Ramstein“ nicht zu einer gemeinsamen bundesweit getragenen großen Aktion in Ramstein kommen. Die Montagsmahnwachen werden von vielen Teilen der Friedensbewegung zurecht nicht als Partner anerkannt, weil sie sich nicht deutlich gegenüber rechten Kräften abgegrenzt und teilweise Neonazis eine Bühne gegeben haben – so auch im Saarland. Das FriedensNetz Saar ist in dieser Frage, wie viele andere Initiativen auch, gespalten. Wir haben uns deshalb darauf verständigt, den Aufruf „Stoppt Ramstein“ nicht zu unterzeichnen, wir werden aber an der Menschenkette am 11. Juni in Ramstein teilnehmen, weil wir die gemeinsame Aktion höher gewichten wollen als unsere Differenzen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der 3. Tag des Parteitags hat die Durchführung des UZ-Pressefestes weiter belastet. Viele Genossinnen und Genossen fragen sich sicher zurecht, wie in einem solchen Klima unser gemeinsames Fest gelingen soll. Die Situation ist in der Tat kompliziert. Das Bezirkssekretariat will aber weiter an dem Vorhaben festhalten, gemeinsam mit den Bezirken Südbayern und Rheinland-Pfalz einen Beitrag auf dem Pressefest zu machen. Wir wollen dort in einem Dorf des Widerstands unterschiedliche Widerstandsbewegungen gegen Krieg, gegen TTIP und Austeritätspolitik, gegen Nazis zusammenbringen und gemeinsam Möglichkeiten der Vernetzung dieser Bewegungen

diskutieren. Damit wollen wir auch ein Signal setzen, dass wir uns nicht so einfach aus der Partei rausdrängen lassen, dass wir um einen Platz in der DKP für unsere politische Orientierung am Parteiprogramm von 2006 kämpfen. Bitte meldet Euch zur Unterstützung des Pressefestes und unseres Beitrags. Dazu liegt ein Meldeformular auf den Tischen aus. Helft mit bei der Werbung und beim Verkauf von Buttons.

Die entscheidende Frage der kommenden Jahre in der Parteientwicklung wird es sein, wie wir unser großes Ansehen in Bewegungen und Bündnissen, die verbreitete Zustimmung zu unseren Positionen und bessere Sichtbarkeit in eine Stärkung durch neue Mitglieder umsetzen können. Natürlich rennen uns die Leute nicht die Bude ein und wollen bei uns Mitglied werden. Die Attraktivität der DKP speist sich auch nicht aus einem besonders ausgeprägten Parteileben sondern entsteht durch unser politisches Profil. Wir müssen deshalb vor allem unsere Antennen sensibilisieren für Menschen, die sich für unsere Politik interessieren, die für die DKP gewinnbar sind - vielleicht nicht im ersten Gespräch, vielleicht erst durch das Kennenlernen über mehrere Monate. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass wir überhaupt die Frage nach der Mitgliedschaft in unserer Partei, nach Mitarbeit stellen und sie zu unseren Aktivitäten und Veranstaltungen einladen.

Es gibt mit einer Gruppe der Kinderorganisation Rote Peperoni wieder erste minimale Ansätze zur Entwicklung von Jugendarbeit im Bezirk. Wir müssen diesen Bereich aber kontinuierlicher angehen, auch wenn man Erfolge gerade auf diesem Feld schwer planen kann. Dies wird eine wichtige Aufgabe für den neu zu wählenden Bezirksvorstand sein.

Und nun noch etwas sehr erfreuliches: Unsere Partei blickt in zwei Jahren auf eine 50 jährige Geschichte zurück. Im Vorgriff auf dieses runde Jubiläum hat unser Genosse Franz Hertel tief in seinem großen Archiv gegraben und eine tolle Broschüre über Geschichte und Entwicklung der DKP im Saarland erstellt. Wir danken Franz ganz herzlich, dass er sich diese Arbeit gemacht hat, sie wird sicher die Diskussion um Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der DKP bereichern. Und wir danken der Parteigruppe Püttlingen für die Finanzierung der Druckkosten, so dass diese Broschüre nachher kostenfrei an alle Anwesenden verteilt werden kann.

Also liebe Genossinnen und Genossen, wir kämpfen in schwierigen Zeiten um das Überleben der DKP im Saarland und es sind keine Wunder zu erwarten. Jeder kleine Erfolg, jeder nächste Schritt muss unter schwierigen Bedingungen erarbeitet werden. Ich danke daher an dieser Stelle allen Genossinnen und Genossen für ihre Mitarbeit, für ihr Engagement an welcher Stelle auch immer. Wir leben in einem furchtbaren Dilemma von politischen Entwicklungen, die nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen geradezu schreien und unserer Schwäche, der herrschenden Propaganda wirkungsvoll entgegenzutreten zu können. Eines ist aber gewiss: Dieses Dilemma können wir nur durch gemeinsame solidarische Kraftanstrengung hier und da auflösen.

Bereits 1987 hat Franz-Josef Degenhardt wohl geahnt, was uns in den kommenden Jahrzehnten blühen sollte. In seinem Lied „Von der Fahne“ heißt es:

*Man geht nicht von der Fahne,
sagte der Einarmige,
auch nicht,
und erst recht nicht,
wenn die Sache verloren ist.
Das, sagte der Einarmige,
tut nur Pack.*

*Ich habe überhaupt nichts gegen Pack,
sagte der mit dem Kopfverband,
und wenn die Sache verloren ist,
wäre es verantwortungslos dumm,
bei der Fahne zu bleiben.
Was aber,
wenn die Sache,
für die so viele von uns schon gestorben sind,
verloren nur scheint,
sagte der mit dem Kopfverband,
entrollte die Fahne,
und die flatterte sogar,
wie er ins Roggenfeld ritt.*

In diesem Sinne: Lasst uns auch weiterhin die Fahnen entrollen und ins Roggenfeld reiten. Wer, wenn nicht wir, soll das tun! Glück auf!